

KLIMASCHUTZ FÜR NIEDERSACHSEN!

Grünes Klimaschutz-Gesetz:

Radikal umsteuern für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen

- **Klimavorrang in die Niedersächsische Verfassung:** Wir fordern, im Gegensatz zur GroKo, dass alle künftigen Gesetze unter den Klimavorrang fallen – das heißt, der Einfluss eines jeden Gesetzes auf das Klima muss berücksichtigt werden
- **Emissionen reduzieren:** Jährliche Treibhausgasemissionen in Niedersachsen sollen bis zum Jahr 2030 um min. 70% im Vergleich zu den Gesamtemissionen im Jahr 1990 reduziert werden (GroKo: 55%). Bis zum Jahr 2040 wird eine Reduktion um 100% im Vergleich zu den Gesamtemissionen im Jahr 1990 angestrebt (GroKo: erst 2050 um 80 bis 95%)
- **Klimaneutrale Landesverwaltung:** In der Landesverwaltung wird bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der jährlichen Treibhausgasemissionen um mindestens 80% im Vergleich zu den Treibhausgasemissionen im Jahr 1990 angestrebt (GroKo: 70%). Bis zum Jahr 2035 soll eine klimaneutrale Landesverwaltung erreicht werden (GroKo: bis 2050)
- **Erneuerbare Energien fördern:** Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien bis 2040 (GroKo: ‚angestrebt‘ bis 2050)
- **Klimaschutzfonds einrichten:** Wir wollen einen Klimaschutzfonds einrichten, aus dem konkrete Projekte bezahlt werden sollen, damit nicht in jedem Haushalt neu verhandelt werden muss – das vergrößert den Spielraum für Maßnahmen (GroKo: nicht vorgesehen)
- **Klare Vorgaben für Wind und Solar:** Windvorranggebiete auf 2,1 % der Landesfläche, Solar auf allen Dächern, Verkehrsflächen, Parkplätzen. Alle Neubauten sind ab 2020 und alle Bestandsbauten ab 2030 soweit technisch möglich mit Solar auszustatten, Pachtmodelle können genutzt werden. Bis 2025 müssen alle geeigneten öffentlichen Dachflächen für Solarthermie oder Photovoltaik genutzt werden. (GroKo: Fehlt)

- **Energetische Gebäudesanierungen:** Erneuerbare Wärme verbreiten und verstärktes Bauen mit dem Kohlenstoffspeicher Holz. Keine neuen Ölheizungen ab 2020, für Neubauten sind ab 2025 100 % Erneuerbare Wärme Standard. Im Gebäudebestand ist ab 2020 bei Heizungstausch oder Sanierung ein Anteil von mindestens 20 Prozent Erneuerbarer Wärme verpflichtend; bis 2030 steigt der Anteil auf 100 Prozent. (GroKo: Fehlt)
- **Mobilität neu denken:** Verkehrsräume auf Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ausrichten, ÖPNV und Schienenverkehr stärken, keine neuen Autobahnen und kein Flächenverbrauch mehr für natur- und Klimaschutzfeindliche Investitionen. Ab 2021 wird die Förderung des ÖPNV komplett auf emissionsarme Fahrzeuge und Antriebe umgestellt sowie nur noch Schienenfahrzeuge mit klimaschonenden Antrieben beschafft. Bahnstrecken werden reaktiviert. (GroKo: Fehlt)
- **Klimaneutrale Dienstreisen:** Vom Land veranlasste Dienstreisen sollen auf die notwendigsten beschränkt werden und klimaneutral erfolgen (GroKo: Fehlt)
- **Land- und Forstwirtschaft umbauen:** Emissionen werden durch weniger Stickstoffdüngung und flächengebundene Tierhaltung reduziert. Öko-Landbau soll bis 2030 auf min. 30 % gesteigert werden. Der Anbau eigener Futtermittel soll den Import von Futtermitteln aus Regenwaldgebieten und Primärwäldern ersetzen. Das Land fördert darüber hinaus die Reduzierung des Fleischkonsums durch die Unterstützung von vegetarischen und veganen Alternativen. Die Wiederaufforstung der aufgrund der klimabedingten Trockenheit großflächig abgestorbenen Fichtenforste als naturnahe Laub-Mischwälder mit in Europa heimischen Baumarten wird unterstützt. Für den Wald ausreichende Grundwasserstände sind zu erhalten (GroKo: Keine Vorgaben)
- **Kohlenstoffspeichernde Böden schützen:** Humus ist als natürlicher Kohlenstoffspeicher zu erhalten und sein Aufbau im Boden zu fördern. Die in Niedersachsen noch vorhandenen Moore sind zu erhalten und land- und forstwirtschaftlich ungenutzte Moorbereiche sind wiederzuvernässen, das Programm niedersächsische Moorlandschaften wird beschleunigt umgesetzt. Auf Moorstandorten wird der besonders humuszehrende und damit Treibhausgasemissionen freisetzende Umbruch von Dauergrünland untersagt und die Umwandlung von Ackerflächen in Dauergrünland gefördert. Der Humusaufbau im Wald wird gefördert. Das Land Niedersachsen verzichtet auf die Verwendung von Torf (GroKo: Keine Vorgaben)

**KLIMASCHUTZ
FÜR NIEDERSACHSEN!**